



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Europäischer Diplomatscher Dienst

auf den ersten Blick erscheint die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) weit entfernt. Doch die politische Entscheidung steht kurz bevor. Sie betrifft jeden einzelnen europäischen Steuerzahler. Der Dienst ist so innovativ und neu, dass wir bei der Einrichtung dieses Amtes ein Auge darauf haben müssen, wie er erfolgreich arbeiten kann. Der Europäische Diplomatische Dienst soll die künftige Außenpolitik der Europäischen Union unter der Hohen Beauftragten Catherine Ashton gestalten. Die bisher beim Rat angesiedelten Abteilungen für Außen- und Sicherheitspolitik sollen mit den Abteilungen der Kommission fusioniert werden und künftig auch noch ein Drittel von Diplomaten aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union integrieren. Ich bin Mitglied im Lenkungsausschuss des Parlaments und versichere Ihnen, dass ich mich für die wirtschaftliche und effiziente Funktionsweise dieses Amtes einsetzen werde. Bisherige Zahlen gehen von einer Grö-

ße zwischen 600 und 6000 Beschäftigten aus. Über Zuständigkeiten und Funktionsweisen gibt es bislang lediglich bruchstückhafte Informationen.

Bürokratieabbau für Kleinstunternehmen

Das Parlament setzt sich in vielen Bereichen für die Entbürokratisierung ein. Am Mittwoch wurde im Parlament eine Richtlinie zur Vereinfachung der Rechnungslegungspflichten verabschiedet. Kleinstunternehmen könnten mit der Richtlinie von der Erstellung eines Jahresabschlusses befreit werden. Die Befreiung träfe auf Unternehmen zu, die zwei der folgenden Kriterien erfüllen: die Bilanzsumme liegt unter 500.000 Euro, der Netto-Umsatz liegt unter 1.000.000 Euro und/oder es sind durchschnittlich zehn Mitarbeiter im Laufe des Bilanzjahres angestellt. Letzten Endes war es dem Parlament jedoch wichtig, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten die freie Wahl haben sollen, Befreiungen für Kleinstunternehmer einzurichten, insbesondere unter Berücksichtigung der "auf nationaler Ebene herrschenden Lage im Hinblick auf die Anzahl der Un-

ternehmen, die aufgrund der in dem genannten Artikel festgelegten Schwellen unter diese fallen".. Insgesamt sind etwa 7,2 Millionen Unternehmen von den EU-Regeln zur Berichterstattung betroffen. Rund 5,4 Millionen davon (ca. 75 %) fallen in die Rubrik Kleinstunternehmen und wären damit von dieser Erleichterung eingeschlossen. Die betroffenen Unternehmen müssen weiter Aufzeichnungen über den Geschäftsverkehr und die finanzielle Lage führen, jedoch weniger als bisher. Die Vereinfachung der Rechnungslegung bedeutet mehr Konkurrenzfähigkeit und eine Steigerung des Wachstumspotentials. Als Region des Mittelstands ist es für Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung, dass der Rat jetzt schnell seine Blockadehaltung aufgibt.

Verbesserter Schutz für EU-Urlauber

Reisende müssen immer wieder Flugausfälle in Kauf nehmen. Wenn die Fluggesellschaft insolvent wurde, konnte bisher keine Entschädigung mehr eingefordert werden. In den vergangenen zwei Jahren hat ein Viertel der Reisenden den Urlaub selbst zusammengestellt und

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



zwei oder mehr Leistungen (wie Flug und Hotel) über verschiedene Anbieter gebucht. Die Kommission stellt ihre Pläne nun vor: Zukünftig soll im Fall der Insolvenz von Fluggesellschaften der Reiseveranstalter nun zum Schadenersatz verpflichtet werden können.

EU-Globalisierungsfonds: 6,2 Mio. € für Deutschland

Durch die weltweite Wirtschaftskrise verloren 2476 Beschäftigte der Karmann-Gruppe ihren Arbeitsplatz. Davon waren 1618 Mitarbeiter in Niedersachsen und 858 Mitarbeiter in Nordrhein-Westfalen betroffen. Deutschland hat daraufhin Finanzhilfen aus dem "Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung" beantragt. Dadurch sollen insgesamt 1793 der ehemaligen Mitarbeiter unterstützt werden. Das Parlament hat sich am Dienstag, auf Empfehlung des Haushaltsausschusses, für diese Maßnahme ausgesprochen. Laut Schätzungen der deutschen Behörden sollen sich die Beschäftigungsmaßnahmen auf rund 9.5 Millionen Euro belaufen, davon kommen rund 6.2 Millionen Euro von der Europäischen Union. Jetzt muss nur noch der Mi-

nisterrat seine Zustimmung geben. Der EU-Marktanteil Deutschlands an der Automobilindustrie ist von 32.1% im Jahr 2000 auf 25.8% im Jahr 2008 gesunken. Im gleichen Zeitraum stieg der Marktanteil Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas von 8.9 % auf 21.2 %.

Technologien mit geringen CO2-Emissionen

Die Parlamentarier fordern die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, ihre Investitionen im Bereich der Technologien mit geringen CO2-Emissionen zu verstärken. Der Industrieausschuss stellte dazu eine Anfrage an den Ministerrat, welche die Mitgliedstaaten ermutigen soll die Förderung in diesem Bereich, als eine der Prioritäten für den Fahrplan 2010-2020 aufzunehmen.

EU-2020-Strategie: Mittel an Fortschritte gekoppelt

In einer Resolution fordert das Parlament eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken im Rahmen der EU-2020-Strategie; dazu muss es jedoch verbindliche Regeln geben. Wir verlangen, dass die EU-Haushaltsmittel an

den Erfolg und die Ziele gekoppelt werden müssen. Die EU-2020-Strategie baut auf der Lissabon-Strategie von 2005 auf und soll eine nachhaltige Marktwirtschaft ermöglichen, damit Europa mit Ländern wie China und Indien mithalten kann. Dazu braucht es gute und qualifizierte Arbeitnehmer, die Innovation und Ideen hervorbringen. Bei dem Ziel der Wachstumssteigerung soll aber auch der Umweltschutz nicht vernachlässigt werden.

Neue Mitarbeiter im Büro in Brüssel und Straßburg

Am 8. Februar hat Friederike Pezold aus Lauda-Königshofen ihr Praktikum in meinem Büro begonnen. Seit 1. März verstärkt die angehende Betriebswirtin Stefanie Engert aus Vöhringen (Main-Tauber-Kreis) mein Team als Assistentin.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

Am Dienstag war das Ernst-Abbe-Gymnasium aus Oberkochen mit 15 Schülern zu Gast in Straßburg. Am Mittwoch besuchte mich der Kreisverband des Bundes der Selbständigen aus Schwäbisch Hall mit 17 Personen.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu